

# Der Steinmetz

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

ersch. wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 3 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Verbandsstelle in Leipzig  
Gerberstr. 1 IV Viktoriahotel. Fernruf 7503

Schluss des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreispaltige Kleinzeile 2 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 27

Sonnabend, den 2. Juli 1921

25. Jahrgang

## Lohnbewegungen.

Zur Beachtung! Notizen unter dieser Rubrik werden nur dann jede Woche wiederholt, wenn der Schriftleitung bis spätestens Montag früh entsprechende Mitteilung vorliegt.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperre, Streik, Zugang fernhalten“, in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten einget, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

### Gesperret:

Grabsteingeschäft Meiner, Augsburg-Pfersee. Firma K u b e n z, Kallberge (Rüdersdorf). Die Grabsteingeschäfte W o l d t & F a l k e, Zittau, Neue, Niederroderwitz, Mü h l e, Großschönau. In Stuttgart sämtliche Betriebe. Firma Otto K o p p e in Dobrilugk.

### Streik:

In Essen (Steinwerke S a m i n e t G. m. b. H.). Thüste (Arbeitsgeber lehnten die Bezahlung nach dem Schiedspruch ab). Hamburg (Marmor-Sägerei).

### Zugang ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streik nach Böhneck, Saalfeld, Rudolstadt u. Umgebung, Naumburg, Ja. Horn; Westmünde-Wulsdorf.

### Erledigte Bewegungen.

Brieg h. Breslau. Die Sperre über hiesige Betriebe ist aufgehoben; eine Verständigung in der Tarifangelegenheit wurde nunmehr erzielt.

Letmathe. Der Streik wurde von den Kollegen beendet, es hatten sich genügend Arbeitswillige gemeldet aus anderen Industrien.

München. Streik ist mit Erfolg beendet. Bericht folgt in nächster Nummer des „Steinmetzen“.

Oldenburg. Nach fünfwöchigem Lohnkampf konnte am 25. Juni der Streik für beendet erklärt werden. Der Stundenlohn wurde von 7 Mark auf 7,80 Mark erhöht.

Die Verhandlungen über einen Neuabschluss des Reichsarbeitsvertrages für die Schotter- und Pflastersteinwerke werden am 9. Juli in Berlin aufgenommen.

## „Arbeitslosendemonstration“ in Berlin.

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist eine erschreckend große, die Wirkungen des „Friedens“vertrages lassen bei Abnahme der Arbeitslosenziffern diese immer wieder emporsteigen. So wurden am 1. Mai 1921 50 000 Arbeitslose mehr gezählt als am 1. Dezember 1920. Das ist die Wirkung der Zollgrenze am Rhein und die der Sanktionen, mit deren Vorsehung die Entente sich gemächlich Zeit läßt, was wir mit Lammesgeduld über uns ergehen lassen müssen. Die Gesamtzahl der unterliegenden Arbeitslosen betrug am 1. Mai 400 097, dazu kommen noch 440 377 unterstützungsberechtigte Familienmitglieder, so daß am 1. Mai 840 474 Personen unterstützt werden mußten. Vom 1. April bis 1. Mai dieses Jahres wurden dafür 119 943 816 Mark ausbezahlt. Außerdem sind 200 000 Menschen mit Notstandsarbeiten beschäftigt, und ferner gibt es eine ziemliche Zahl Arbeitsloser, die aus irgendeiner Grunde keine Unterstützungsempfänger sind. Die Industriezentren und die Großstädte sind am schlimmsten heimgesucht. So hatte am 14. Mai zu unterstützende Arbeitslose Berlin 117 000, Breslau 7000, Chemnitz 3700, Dresden 10 100, Hamburg 21 600, Leipzig 12 200, München 10 200, Pflauen 6800 usw. Was in all diesen Zahlen an Elend und Verzweiflung verborgen liegt, wird eigentlich nur der ermessen, der durch eigene Erfahrung mitsprechen kann.

In Berlin drängt sich die Not am schlimmsten zusammen. Die Stimmung unter den Arbeitslosen ist selbstverständlich verbittert, ihre trostlose Lage macht sie ungerecht gegen andere, und wenn man gar diese Stimmung ausgenutzt wird zu besonderen Zwecken, dann ist es begreiflich, daß Arbeitslose Handlungen begehen, die Verurteilung nicht standhalten können. — Die für den 20. Juni im ganzen Reich geplanten Demonstrationen, durch die die Arbeitslosen, wie es in der schon früher vorzeitig an die Öffentlichkeit gelangten Anweisung eines „Reichsausschusses der Arbeitslosen Deutschlands“ hieß, die Gewerkschaften und die Gemeindevertreter „zwingen“ sollten, „eine Erklärung abzugeben, wie sie sich zu den zehn Forderungen der A D O V. stellen und was sie zur Verwirklichung derselben zu tun gedanken“, nahm in Berlin folgenden Verlauf:

Die Arbeitslosen wurden zusammengezogen nach dem unweit des Gewerkschaftshauses gelegenen Mariannenplatz. Eine Deputation suchte den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auf und forderte von diesem, daß er einen Vertreter nach dieser Versammlung entsende, um dort Rede und Antwort zu stehen. Nach den bisher gemachten Erfahrungen mußte diese Aufforderung abgelehnt werden.

Es wurde der Deputation erklärt, daß der Bundesvorstand mit Unorganisierten überhaupt nicht verhandelt; den gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen stehe es frei, sich an ihre Verbände zu wenden. Unorganisierte hätten kein Recht, irgendwelche Rechenschaft vom Bundesvorstand zu fordern.

Nach kurzer Zeit rückte ein Trupp von mehreren tausend Personen heran. Ihm wurde vom Genossen Sabath, dem Vorsitzenden der Berliner Gewerkschaftskommission, als dem Inhaber des Hausrechts im Berliner Gewerkschaftshaus erklärt, daß nur solche Personen Zutritt zu diesem Gebäude hätten, die sich als Gewerkschaftsmitglieder ausweisen konnten. Die Folge war, daß der Genosse Sabath eine schwere Kopfverletzung davontrug. Die Menge stürmte sodann auf den Hof und besetzte die Säle. Unter diesen Umständen mußte die Schutzpolizei herbeigerufen werden. Diese säuberte zunächst das Engländer vor dem Gewerkschaftshaus, wobei es ohne Widerlichkeiten und einige Verhaftungen nicht abging.

Die Eingebungen forderten nunmehr durch eine weitere, sich höchst rabiat gebärdende Deputation von den anwesenden Vertretern des Bundesvorstandes, daß dieser die Schutzpolizei zum Ab-

rücken veranlassen solle, dann würden die Demonstranten das Gewerkschaftshaus ebenfalls verlassen. Wollte der Bundesvorstand dieser Forderung nicht stattgeben, so würde er in wenigen Minuten die Arbeitslosen „oben haben“. Auch diese Forderung mußte unter den ohnehin umständen abgelehnt werden. Nunmehr drängte die Schutzpolizei die in die Säle und die Aufgänge zu diesen gedrängten Massen hinaus. Diese entfernten sich sodann unter den üblichen Schmährufen auf die „Gewerkschaftsbongzen“. Was für Elemente sich unter den Demonstranten befanden, geht aus folgenden Einzelheiten hervor:

In der Wirtschaft des Gewerkschaftshauses wurden Fenster, Gläser und Stühle zertrümmert. Ferner wurde der Kassierer der Berliner Zahlstelle des Zentralverbandes der Spaltreue zu Boden geworfen und seiner Geldtasche mit größerem Inhalt beraubt. In einem der Säle tagte eine Reichskonferenz der Betriebsräte des Deutschen Transportarbeiterverbandes. Auch bei dieser drangen Demonstranten herein und machten ihr ihre Tätigkeit unmöglich. Dabei rief man den Betriebsräten zu, sie seien ebensolche Verräter wie die Gewerkschaftsbongzen und müßten ebenfalls zum Teufel gejagt werden.

Ein solches Unwesen, wie es sich in den letzten Wochen in Berlin gezeigt hat, kann natürlich nicht geduldet werden. Die Berliner Gewerkschaftsmitglieder können es sich nicht gefallen lassen, daß ihr Gewerkschaftshaus der Ort solcher wilden Ausbrüche werde. Auf solche Weise können die Arbeitslosen ihr unbestreitbares Recht nicht, im Gegenteil verschlimmern sie es dadurch nur noch weiter und erschweren den Gewerkschaften die Bestrebungen, die Arbeitslosigkeit zu mildern. Man muß aber auch feststellen, daß sich unter diesen Demonstranten nur wenig Gewerkschaftsmitglieder befanden. Das zeigte sich u. a. bei dem Kravall am 14. Juni, der sich gegen den Bauarbeiterverband richtete, weil dieser mit der Stadtverwaltung vereinbart hatte, daß bei gewissen Notstandsarbeiten in Neufölln 80 Prozent der dabei Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert sein müßten. Mit einem solchen Vorgehen, mit solchen Gewalttätigkeiten kann ein anständiger Arbeiter sich unmöglich einverstanden erklären. Er wird sich hüten, sich von Drahtziehern mißbrauchen zu lassen, die alles andere eher bezwecken, als ihm zu helfen, und sich selbst in Sicherheit zu bringen wissen, wenn die aufgeputschte Masse sich in Gewalttätigkeiten auslebt. Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände werden selbstverständlich weiterarbeiten, um soviel wie möglich Arbeitslose in Arbeit zu bringen. Durch Kravalle, wie die von der geschilderten Art, wird ihnen ihre Arbeit aber nur erschwert.

Das Verbrecherische an den ganzen Vorgängen ist, daß die „rote Fahne“ — im wahren Sinne des Wortes das Schreckensbild unter den politischen Tageszeitungen — alles in Ordnung findet, den Vorgang noch unbedacht und den Gewerkschaftsangehörigen unterstellt, daß sie zuerst geschlagen haben; ja, sie druckt sogar die Schlaginstrumente ab, als wenn das Beweis dafür sei. Die Haltung dieser Zeitung braucht nicht weiter zu wundern, sie ist ihrem sonstigen Verhalten durchaus konsequent angepaßt, es läuft hinaus auf ein kommunistisches Faustrecht. Alles was im Wirtschaftsleben nicht nach ihrem Sinne geht, und das ist so ziemlich alles, kommt auf das Konto der Gewerkschaften, ihrer Angestellten, kurz der „gelben Organisationen“; was in der Politik anders läuft, wie sie es sich wünschen, haben die „Menschewisten“, „Scheidemänner“, „Hilferdinge“ und wer weiß wie die Schlagworte alle heißen, auf dem Gewissen. Man sollte annehmen, das freventliche Spiel mit Menschenleben im Märzputz hätte das Verantwortungsgewissen jener Kreise geschärft, sie scheinen nichts daraus gelernt zu haben und scheuen sich jetzt nicht, verbitterte Arbeitslose vor ihren verfahrenen Karren zu spannen. Das hat mit Wahrnehmung von Arbeiterinteressen nichts zu tun, das ist Verbrechen an allem, was der Arbeiterbewegung bisher heilig war. Nun hat es allerdings nicht viel Wert, mit der „roten Fahne“ und ihr gleichgesinnte Blätter sich darüber zu unterhalten, was richtig oder was falsch oder was verbrecherisch ist. Die Mehrzahl der deutschen Arbeiter lehnt nun einmal den Weltbeglückungs-Kommunismus der „roten Fahne“ und ihrer Hinter- und Vordermänner entschieden ab; darüber täuscht kein Geschrei, keine Verlogenheit und auch keine Wort-Kraftmeierei hinweg. Die jüngsten Vorgänge im Berliner Gewerkschaftshaus sind typisch für die Wahrnehmung von Arbeiterinteressen von der V K P D.

## Eine Erwiderung.

Zu dem Artikel in Nr. 25 „Etwas vom Egoismus und Idealismus“, der sich mit Herrn Otto Schilling-Greifswald beschäftigt, sendet uns Herr D. Sch. eine Erwiderung und ersucht um Aufnahme auf Grund § 11 des Preßgesetzes. Das letztere kann nun durchaus nicht angezogen werden, denn die Zuschrift ist alles andere, nur keine Tatsachenberichtigung. Wenn wir nun trotzdem die Zuschrift zum Abdruck bringen, geschieht es einmal, um unsere Toleranz zu zeigen, und dann haben wir dazu noch einen besonderen Grund, der in der umfangreichen mit Zitaten geschnittenen schriftstellerischen Tätigkeit des Herrn D. Schilling liegt, doch geben wir ihm das Wort:

„... In der einen Nummer des „Steinmetzen“ heißt es: Wir kämpfen nicht gegen Personen, nur gegen Systeme usw., in der andern Nummer werden spaltenlange Artikel gegen meine Person losgelassen, um mich auf jede erdenkliche Weise in den Schmutz zu ziehen. Ganz besonders hat Herr N. eine Aversion gegen mich, wohl deshalb, weil wir in der letzten Streikwoche es abgelehnt haben, weiter mit ihm zu verhandeln.“

Ich lade Herrn N. ein, auf meine Kopien auf 14 Tage nach Greifswald zu kommen, um ihm Gelegenheit zu geben, meine Persönlichkeit in allen Einzelheiten nachzuforschen und um sich zu informieren, was an seiner ganzen Mätschgeschicht daran ist, die unter falschem Namen und falscher Adresse zu einem ganz bestimmten Zweck lanciert worden ist und ihre Sühne bereits gefunden hat. Weitere Schritte gegen Herrn N. behalte mir vor. Ich stehe rein und makellos da und tausche in bezug auf meine sittliche Höhe mit niemand, auch mit Herrn N. nicht. Ebenso ist es nicht richtig, was in dem Artikel „Steinmetz“ Nr. 17 über meine Firma gesagt ist. Meine Leute haben nicht nur die Ferien vom vorigen Jahr freiwillig nachbewilligt erhalten, sondern haben auch eine zweimalige freiwillige Lohnaufbesserung seit der letzten Streikwoche bewilligt erhalten.“

Die Zuschrift enthält eingangs gleich eine Unrichtigkeit, denn was Herr Sch. behauptet, steht nicht in einem Artikel, sondern in einem Brief, den wir am 24. Mai an ihn richteten und worin der Schlusssatz lautet:

„... Wir kämpfen nicht gegen Personen, sondern gegen Systeme; Personen, welche sich zu Trägern oder Verteidigern derselben machen, dürfen natürlich nicht zimperlich sein, wenn ihnen einmal eine Abfuhr zuteil wird, ...“

Die Person des Herrn D. Sch. ist uns tatsächlich gleichgültig, nicht aber seine Stellung als Arbeitgeber und seine schriftstellerische Tätigkeit in der Fachpresse der Deutschen Steinindustrie. Zu seiner Stellung als Arbeitgeber haben wir das Nötige in Nr. 17 bereits gesagt. Dabei bleibt's, daran ändert auch keine sogenannte „freiwillige“ Aufbesserung und Ferienbewilligung etwas. Ferner tritt man nicht in der Zeitung, die erst durch Streik und Verhandlungen die Nachbewilligung und das andere „Freiwillige“ in Fluß kam. Na, und die schriftstellerische Tätigkeit? Du lieber Himmel, die muß schon glossiert werden, nicht wegen ihrem geistigen und fachlichen Gehalt, sondern eben wegen dem inhaltlosen Brillantfeuerwerk unzähliger Zitate; denn in den Artikeln des Herrn Sch. wirkt alles durcheinander, das gewollt Lehrerhafte überwiegt, neben allem Idealismus, Schönheitsfimmel und Egoismus. Wer so in der Öffentlichkeit herumstochert, ohne selber eine klare Linie zu sehen, der muß sich schon damit abfinden, daß an seinem Postament, auf dem er zu stehen glaubt, gerüttelt wird. Die wirklich dumme „Mätschgeschicht“ mit dem Fräulein mag harmlos sein, gewiß. Aber die Echtheit des Briefes ist bisher nicht bestritten worden, wenigstens nicht in der Zeitung, die ihn zuerst gebracht hat. Wir haben ihn auch nur deshalb zum Abdruck genommen, nicht aus Freude, sondern weil er zu den Artikeln des Herrn Sch. und seinem fremden dichterischen Quell so außerordentlich gut paßt. Was weiter in der Sache unternommen wird, ob nun unser Kollege N. in Greifswald seine Ferien verbringen will, um ständigen Verkehr mit Herrn Sch., und ob die zu unternehmenden Schritte den Kollegen N. wirklich erreichen, das soll uns vorläufig schnuppe sein. Sagen wollen wir aber doch, wenn N. die Einladung annimmt und muß dann jeden Tag etwa solche Zitate über sich ergehen lassen wie der Artikel in „Steinbildhauer-Journal“ vom 10. Juni mit der Ueberschrift: „Ach, du armer Steinmetzmeister“, dann bedauern wir aufrichtig unsern Kollegen N. (Berlin). Er mag es sich also wohl überlegen.

Im übrigen sind es nicht nur wir, die ihre Glossen an der Zitate-Tätigkeit des Herrn D. Sch. üben, er fällt nämlich auch seinen eigenen Kollegen unter den Arbeitgebern mit seinen gereimten und ungereimten schriftstellerischen Leistungen auf die Nerven. Das geht aus der Nr. 18 „Der Deutsche Steinbildhauer“ hervor, in der ihm der Steinmetzmeister J. A s c h e n b e r n e r, M ü n c h e n, bereits die zweite derbe Abfuhr zuteil werden läßt. Ein anderer Unternehmer widmet ihm im Reim unter P. S. nachstehendes:

„Fürwahr, schön ist die Poesie, drum lies sie oft, doch schreib' sie nie!

Vor allem in schweren Wirtschaftsfällen, kann man sie nur schlecht betragen.

Ein kurzes Zitat am richtigen Platz, ersetzt oft einen großen Gedankenfluß.

Woh aber, wenn den Gedankenfluß, ein Zitat nach dem andern ersetzen muß!

So sehen wir's nun schon lange Zeit, vielen zum Aerger, wenigen zur Freude!

Zudem bei der Artikelfülle in brauner oder grauer Hülle Da meck't man, arme Meisterseele, daß es Dir an Arbeit fehle.

Doch im V. D. G. fehlt es den andern an Zeit und Lust, durch diese Poesie zu wandern.

Dagegen wird man in dem schönen Eisenach 'nen Klaps Dir geben aufs Poetendach.

Und ist man, so wie ich, versucht, über Deine „Produktivität“ zu richten, so fragen, ist's etwas vom Sach oder 'ne Sammlung von Gedichten.

Will mir ein einzig Urteil nur und eine Antwort glücken: Wenig vom Sach, viel sich mit fremden Federn schmücken!

Drum, arme Meisterseele, geb' ich Dir den Rat: Mach' weniger Worte, nimm die Tat!

Und leß' ich jezo durch, was ich gebraut, so klingl's in meinen Ohren gellend laut:

Verflucht! Schön ist die Poesie, drum lies sie oft, doch schreib' sie nie!

Verzeiht den Versfuß und verzeiht die Form, was ich aus Greifswald las, war noch mehr abnorm!“

Hoffentlich übt vorstehendes die nötige Wirkung aus und bringt Einsicht bei dem, den es angeht. Damit machen wir in der Sache D. Sch. in unserm Blatte Schluss!

## Zum Nachdenken.

Tägliche Wahrnehmungen und Vergleiche zwischen einst und jetzt veranlassen mich kurz eine Parallele zu ziehen, um, wie ich hoffe, damit manchem Kollegen Anlaß zur Einkehr zu geben. Vorausgeschickt will ich, daß ich auf eine reichlich 18jährige Verbandszugehörigkeit zurückblende, ein Zeitraum, der immerhin berechtigt, von früh her zu sprechen.

Hoffnungsvoll und zuberstichtlich zog ich als kaum 16jähriger Steinmetzgeselle im Mai 1903, ausgerüstet mit wenig Geld und noch weniger geographischen und wirtschaftlichen Kenntnissen der Fremde entgegen, nicht ohne ein ganzes Bündel guter Lehren und Warnungen vor all den großen und kleinen Gefahren der bösen Welt mitzubekommen. Wohl war mir bekannt, daß es einen Steinmetzenverband gab, ebenso wußte ich aber auch, daß wenig Anstrengung der katholischen Geistlichkeit in meiner Heimat alle Agitationserfolge der wenigen früheren Verbandsmitglieder wieder illusorisch machte. „Sozi“, riefen wir diesen uns als Umstürzler gekennzeichneten Gesellen nach und in diesem Wort war der größte Schimpf enthalten, den wir einem verabscheuungswürdigen menschlichen Wesen antun konnten. Kirche und Schule hatten dafür gesorgt, daß nicht nur wir Jungen, sondern auch viele, viele alten Kollegen beteten, ein gnädiges Schicksal möge uns davor bewahren, im Leben einmal so weit zu sinken, um ein solches Ungeheuer, das man sich ohne struppigen Bart mit dem Dolch zwischen den Zähnen und dem Totschläger zur Hand nicht vorstellen konnte, zu werden. Die letzte Ermahnung meines Schulkatecheten ging noch dahin, um Gottes willen keine evangelische Frau zu freien oder gar zum Erz zu werden.

Jeder Leser wird sich nun in meine Geisteserfassung versehen können, mit der ich dem großen Weltgetriebe zusücherte. Mein Ziel stand nicht fest, nur ein besseres, lohnenderes Arbeitsgebiet, als das meiner traurigen Lehrzeit wollte ich finden. Die Lehre bestand größtenteils in der Liebung, große Bierfässer ½ Stunde Weges ohne Absetzen zu schleppen.

Der Zuspruch im Muschelkalksteingebiet (Würzburg und Umgebung) brachte mir einige Groschen Weggehörung, aber auch öftere Fragen nach Verbandszugehörigkeit. Die Veruchung zum Sozi zu werden, trat mir also schon nach ganz kurzer Zeit entgegen. Noch war ich aber gefeiert dagegen. Arbeit fand ich keine, man schaute wohl vor meiner körperlichen Winzigkeit (die acittige sah man mir

meistlich auch an) zurück, glaubte wohl, das Kerlchen würde schließlich nicht einmal den Arbeitgeberanteil am Krankengeld verdienen. Wenige Zeit später befand ich mich in Heßen (Odenwald), war nicht nur der Gefahr ausgesetzt, Sozi zu werden, sondern ihr bereits unterlegen, denn schon hatte ich Verbandsbuch und Parteibuch in der Tasche, obwohl mir der Begriff des Zwecks und Ziels noch gänzlich mangelte. Gern denke ich heute noch an die Zeiten, an die Kollegen zurück, die ich mit meinem Fanatismus die feinerzeit ungemein schwere Kleinarbeit in der Agitation verrichten sah. Nicht selten war es, daß sich diese Verbands- und Parteipioniere blutige Köpfe im wahren Sinne des Wortes im Kampfe gegen Indifferentismus und Unverständnis holten. Nichts schreckte diese Pioniere aber ab, bei jeder sich bietenden Gelegenheit, beinahe jeden Sonntag versuchten sie wiederum, was vorher mißlang. Nach und nach fanden sich mehr und mehr die von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses überzeugt, Kleinarbeit verrichten halfen. Nach waren wir jungen begeistert und wollten uns von den älteren nicht mehr überholen lassen, wenn es galt, für Verband und Partei zu arbeiten.

Was war es denn auch für ein heßes Gefühl, wenn man einige Jahre später als Junggehilfe den Herrn Meister, der sich wenige Jahre vorher noch weit über die Arbeiter erhaben fühlte, im Auftrag der Gesellen zum Vudendrecht holen konnte, mit dem Bewußtsein, er muß kommen. Viel war durch eifrige und opferbereite Arbeit erreicht. Weder Maßregelung noch sonstige Schikane hielt die Steinarbeiter von der Wahrnehmung ihrer Interessen ab. Einigkeit und Kampfesmut halfen alles überwinden und so mancher Arbeitgeber, der die Zeichen der Zeit nicht verstand, biß sich die Zähne hieran aus.

Schwere, lange Kämpfe wurden geführt, wodurch die 12- und 14stündige Arbeitszeit in 10stündige verwandelt, höhere Löhne, anständige Behandlung, Frühstücksstunden und Wärmeräume erreicht wurden. Ging auch ein Kampf mitunter verloren, so wurde frisch formiert und wieder gerüstet und dem zweiten Ansturm gelang, was vorher nicht möglich schien. In allen Gebieten Deutschlands daselbe Bild, dieselbe Einigkeit, derselbe Kampfesmut, wo irgendwo die Trifolore des Zentralverbandes der Steinarbeiter wehte, fand man die Kollegen an der Verbesserung ihrer Lebenslage arbeiten und kämpfen und freute sich, frisch und munter mitzumachen. Ständig wuchs die Mitgliederzahl, wuchsen die Zahlstellen, wuchs aber auch der Kampf. Verloren einige oder mehrere mitunter den Halt, schnell waren sie wieder aufgerichtet. Trotz allem Kampf und Opfermut, es ging keiner unter.

Schon war ein blauer Montag, obwohl man ja eigentlich scharfer Gegner war, schließlich half er manchmal auch mit das Zusammengehörigkeitsgefühl zu wecken oder zu kräftigen. Wurde nicht, wie es vielleicht auch geschah, Dienstag und Mittwoch auch noch zum Montag gemacht, so war die Sünde, die man sich dabei zuschulden kommen ließ, nicht schwer zu tragen. Erlebnisse wurden ausgetauscht, Fässer rollten, Wanderlust wurde geweckt, Pläne für dies und jenes geschmiedet, die Gemütslichkeit feierte Triumphe, hin und wieder einmal etwas zu große, im allgemeinen war es ein Leben, wie es eben nur bei den Steinarbeitern anzutreffen war. Die Schattenseiten wie „Fasen“ und „Kapuziner“ sollen bergessen bleiben. Ueber all dem vergaß man aber nie seiner Organisation zu dienen und Indifferenten aufzuklären. Vorwärts ging es trotz aller Hindernisse, die entschieden größer waren wie jetzt.

Der Krieg brachte Wandlungen. Die Mischung der verschiedensten Landeskinde bei den Truppenteilen, Not und Bedrückung in ausgeprägtester Form, schließlich die Revolution und ihre Folgen weckte, wie alle Arbeiter, so auch die Steinarbeiter, die vorher nicht zu gewinnen waren, in Reiz und Mitleid mit ihren Berufskollegen zu marschieren, zum gemeinsamen Handeln. Die Mitgliederzahl stieg in erfreulicher Weise innerhalb kurzer Zeit beinahe auf das Doppelte der Friedenszahl.

Die Röhre der Steinarbeiter waren durch die Kriegsverhältnisse erheblich zurückgeblieben. Lohnbewegung folgte auf Lohnbewegung, hatten wir doch nicht nur den Ausgleich der ständig steigenden Preise für den Lebensbedarf zu erkämpfen, sondern auch die Verhältnisse der Kriegszeit eingeholen. Wurde heute irgendwo eine Zahlstelle gegründet, so begann morgen die Lohnbewegung. Die Nerven der meisten Arbeiter waren verbraucht, die Urteilsfähigkeit zur Abwägung der eigenen

gegen die Kraft der Gegner stark geschwächt, weshalb schon Mißmut Platz griff, wenn nicht bei hieznütziger Verbandszugehörigkeit eine erhebliche Lohnerhöhung erreicht war. Die Mitarbeit des einzelnen wurde nicht für nötig befunden, verließ man sich doch gar zu gerne auf die andern. Uneinigkeit der politischen Parteien, wilde unüberlegte und unvorbereitete Streiks kamen zum Unheil für die ganze deutsche Arbeiterbewegung wie auch für unsere Kämpfe hinzu. Der Kampf in den einzelnen Zahlstellen gegeneinander war mitunter mehr ausgeprägt als der Kampfeswille gegen die Arbeitgeber, die nicht von den minimalen Löhnen abgehen wollten. Daß die Konjunktur in unserer Industrie einen Kampf mitunter als sehr gewagtes Experiment erscheinen ließ, wurde nicht gewürdigt und durfte schon gar nicht ausgesprochen werden.

Die Verwaltungsarbeit der Zahlstellen, die Kleinarbeit der Agitation, die Wahlarbeit, kurz all diese unbedingt erforderlichen Mühen blieben einigen wenigen, meist den früheren Pionieren allein überlassen. Keine Seltenheit bedeutete es, daß einzelne Kollegen 10 und noch mehr Posten in ihrer Person vereinigen mußten. Die Mitarbeit aller oder doch eines großen Teiles wurde versagt, dafür um so mehr Kritik in unsachlicher Form an denen geübt, die sich Tag und Nacht unter schweren materiellen Opfern für die Allgemeinheit der Kollegen abgemüht haben. Dadurch wurde auch diesen Kollegen noch die Arbeit für das Wohl und Wehe aller verleidet und so mancher früher eifrige Verbandskollege zog sich zurück oder wurde gar von den andern zurückgewiesen, nur weil er mit den Frühen den festen Boden nicht verlassen wollte.

Später wird noch eingesehen werden, welche große Fehler hierbei gemacht wurden. Hoffentlich bedarf es bis dahin nicht erst großer Rückschlüsse. Sachliche Kritik, Mitarbeit, Opferbereitschaft, Gemütslichkeit und Zusammengehörigkeitsgefühl in allen Lagen des Berufslebens scheinen mit dem blauen Montag verschwunden zu sein. All das wäre wirklich nicht zu teuer erkauft, wenn es durch die Rückschlüsse des „blauen“ wieder zu gewinnen wäre. Hierzu fehlen aber die Voraussetzungen, wie Prozentgehalt beim Bier und bessere Lebensverhältnisse. Wenn ich nun die Frage aufwerfe, ob die soeben geschilderten mißlichen Zustände unter uns nur die letzten Jahre bestanden und heute vielleicht schon als überwunden gelten können, so muß die Antwort sicherlich lauten, daß es heute noch ebenso, wenn nicht noch schlechter mit allen Anzuchtlichkeiten steht. Wohl haben sich die politischen Wogen in den Gewerkschaftsversammlungen etwas geglättet, dafür ist aber der persönliche Kampf zwischen einzelnen zum Gefell für die andern mehr denn je vorhanden. Nur wenige Zahlstellen machen davon eine Ausnahme.

„Es nützt uns alles nichts, die Arbeitgeber sind doch wieder obenauf, laßt mich mit eurem Kram in Ruhe, ich zahl' meine Beiträge, weiter will ich nichts zu tun haben, wofür haben wir denn die Verwaltung, den Betriebsrat oder den Gauleiter, warum sind wir denn im Verbande, wenn wir uns selber auch noch um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse kümmern sollen, es wird doch wie es werden soll“ usw. Das sind Redensarten, die jeden einzelnen Funktionär in der Arbeiterbewegung tagtäglich in den Ohren klingen. Daß man für einen Streik viel forscher und temperamentvoller Stimmung zu machen versteht als beim Ausbruch desselben entschlossen und taktisch richtig zu handeln, ist ebenfalls eine unumstößliche Tatsache. Gerade diejenigen, die vorher am lautesten dafür eingetreten, Frieden zu allererst ein, oder versuchten auf irgendeine Weise einen Prügelschlag zu finden, dem man alle Schuld aufhängen und damit die Situation verschärfen kann. Sicherlich ist irgendeine Instanz, nur nicht sie selber, schuld, wenn sich die Verhältnisse stärker erweisen als sie eingeschätzt wurden, oder die Narre durch solche Querköpfe verschoben wurde.

Vertrauen ist zu Mißtrauen, Opfermut zur Drückebergerei geworden, statt Mitarbeit findet man unsachliche Kritik, statt Gemütslichkeit untereinander gegenseitigen Kampf, wobei der Arbeitgeber der lachende Dritte ist. Immer läßt man alles noch weniger Kollegen machen und greift diese in der persönlichsten Weise an, wenn es zuviel und deshalb nicht richtig gemacht werden kann. Daß besonders die jüngeren Kollegen sich von aller Mitarbeit drücken, sei extra festgesetzt. An Stelle von Mißbegehr ist anderes getreten, selbst für körperliche Ermüdung ist kein Raum geblieben. Soll es ein Fehler sein, die Schäden zu erkennen und auszusprechen, vielleicht gar im Verbandsorgan zur Sprache zu bringen? Mit nichts. Erkennen wir den krassen Unterschied zwischen ein

und jetzt und helfen wir ihn zu beseitigen. Viel ist schon erreicht, wenn der Fehler erkannt wird. Die Möglichkeit und Notwendigkeit eingzugreifen ist für jeden und insbesondere für die jüngeren Kollegen mehr wie je vorhanden. Kein junger Kollege braucht heute so unwillig wie ich früher in die Welt zu ziehen; Bildungsmöglichkeiten bestehen fast überall, um die wir früher die Bürgerlichen beneidet haben. Mithelfen, nicht mitlaufen muß die Parole werden, wenn wir den Aufgaben gewachsen sein sollen.

Arbeitslosigkeit, Lohnabbau und Abbau des Wirtstandes bedrohen uns heute mehr denn je; die politischen Freiheiten gilt es zu erhalten und auszubauen, die Weltwirtschaft und deren Zusammenhang gilt es begreifen zu lernen, Pioniere für die Umgestaltung der heute noch kapitalistischen Wirtschaftsordnung heranzuziehen, die Welt umzubauen gilt es. Deshalb erkennen und aussprechen, um danach zu handeln.

Nur der verdient die Freiheit und das Leben,  
Der täglich sie erkämpfen muß,  
Der Geist der weniger von einft,  
Muß der Geist der vielen von heute werden! A. E.

## Amsterdam gegen Moskau.

Der Internationale Gewerkschaftsbund (Stk Amsterdam) schreibt uns:

Die Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei ist an sich für die Amsterdamer Internationale ebenso wenig ein Grund, den Ausschluß von Gewerkschaftsmitgliedern zu fordern, wie die Mitgliedschaft einer andern sozialistischen Partei. Aber die Kommunisten mißbrauchen die Weitzerzigkeit der Gewerkschaften. Nachdem sie durch Wuderkampf und Dogmenfreiheit die Aktionskraft der Arbeiterparteien in allen Ländern gelähmt haben, erhielten sie Befehl von der kommunistischen Internationale, das einzige mächtige Bollwerk der Arbeiterschaft von innen heraus zu zerstören: die Gewerkschaften. Die Einheit des Proletariats ist nur noch gewährleistet in den Gewerkschaften. Ihre Unabhängigkeit von dem Streit der politischen Richtungen ist eine unerlässliche Bedingung der Macht, die sie sich im Wirtschaftsleben der europäischen Industriestaaten erworben haben.

„Alle politischen Parteien“, sagte Marx, „mögen sie sein, welche sie wollen, begeistern die Massen der Arbeiter nur eine Zeitlang, vorübergehend; die Gewerkschaften hingegen fesseln die Arbeiter auf die Dauer; nur sie sind imstande, eine wirkliche Arbeiterpartei zu repräsentieren und der Kapitalmacht ein Bollwerk entgegenzusetzen.“

Der Odessengeneral der roten Gewerkschaftsjewiten, Losowski, weiß: „Es ist ein lächerlicher Gedanke, in Europa ohne oder gegen die Gewerkschaften die soziale Revolution durchzuführen.“ Der Internationale Gewerkschaftsbund hat aus dieser ihm längst geläufigen Einsicht den Schluß gezogen, daß nichts wichtiger sei, als die Macht der Gewerkschaften zu stärken, er hat in den letzten Jahren nicht nur im wirtschaftlichen Leben, sondern auch in der internationalen Politik sich eine Stellung erobert, wie sie die Gewerkschaften niemals besaßen. Die Arbeiterschaft ist durch ihn zum erstenmal als souveräne Macht dem Terror und der imperialistischen Politik der kapitalistischen Staaten entgegengetreten.

Der über Ungarn verhängte Bohott ist von der gesamten Reaktion als Sturmzeichen angesehen worden. Durch die Verhinderung der Munitionsdurchfuhr nach Polen fiel die Arbeiterschaft den Ententestaaten in die Fänge und rettete den Frieden. Die vom Gewerkschaftsbund in der Frage des Wiederaufbaus vertretene Politik war eine Kraft der Versöhnung zwischen den Völkern, während die Regierungen nur die Interessen des um die Herrschaft kämpfenden Kapitals ihrer Länder vertraten.

Diese Macht ist jung und hat noch ihre Grenzen, aber die in den Gewerkschaften international vereinigte Arbeiterschaft ist der wahre Bund der Völker. Ihm gehört die Zukunft.

Losowski ist anderer Meinung. Für ihn und seinegleichen ist die trumme Linie die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten. Seine Meinung ist: Da die Gewerkschaften so stark sind, daß nur mit ihnen die Befreiung der Arbeiterschaft möglich ist, muß man ihre Macht im Namen der Weltrevolution untergraben. Mit anderen Worten: im Namen der Weltrevolution soll der Sieg der Reaktion vorbereitet werden.

## Vom Deutschen Tuberkulosekongress

IV.  
Noch einige wichtige Leitfäden bringen wir zum Schluß unseren Kollegen zur Kenntnis:

**Bekämpfungs- und Tuberkulose.** Berichterstatter: Landesgewerbeamt Dr. Thiele (Dresden).

1. Das Betriebsärztengesetz vom 4. Februar 1920 stellt den Betriebsärzten (Arbeiter- u. Angestelltenärzten) u. a. die Aufgabe (§ 66 Z. 8 u. 9; § 78 Z. 2, 6, 7), „auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahr im Betrieb zu achten, die Gewerbeaufsichtsbeamten und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregungen, Beratung und Auskunft zu unterstützen, sowie auf die Durchführung der gewerkschaftlichen Bestimmungen der Unfallversicherungsvorschriften hinzuwirken“; „an der Verwaltung bestehender Betriebsärzteneinrichtungen mitzuwirken“; „bei Kriegs- und Unfallbeschädigten für eine ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung durch Rat, Anregung, Schutz und Vermittlung bei den Arbeitgebern und Mitarbeiternehmern tunlichst Sorge zu tragen“; „bei Festsetzung der Arbeitszeit, Regelung des Urlaubs der Arbeitnehmer, bei Erledigung von Beschwerden über die Ausbildung und Behandlung der Lehrlinge im Betriebe“ mitzuwirken.

2. Die Durchführung dieser wichtigen Aufgabe wird auch im Kampfe gegen die Tuberkulose wertvolle Hilfe leisten, indem sie

- a) auf dem Gebiete des Gesundheitsschutzes zur Selbstbetätigung aufruft und damit die persönliche Teilnahme wachhält;
- b) mit der Uebertragung eines Teiles der Verantwortung ein immer mehr zunehmendes Verständnis und eine besondere verpflichtende Sachkenntnis für viele den Arbeitenden schädigende besondere Einflüsse, wie Unreinlichkeit, Staub, Lüftungsmängel, Heizungsmängel usw. herbeiführen hilft;
- c) anderweitige Gesundheitsschädigungen allgemeiner Art, wie Ueberarbeit, unzureichende Arbeit u. dgl., insbesondere bei jugendlichen und weiblichen Arbeitern oder Kriegs- und Unfallbeschädigten verhindern und auf die Einstellung berufstätiger, auf ihre Berufs- und Arbeitseignung, insbesondere vom Arzt, geprüfter Anwärtler (Lehrlinge) hinzuwirken kann;
- d) mit der Sozialversicherung (Krankenkasse, Versicherungsanstalt) und der örtlichen Wohlfahrtspflege Fühlung nehmen und Vorbeugungsmaßnahmen, Schutzvorrichtungen, Wohlfahrtsanstalten anregen, durchführen und fördern kann.

3. Ganz besonders wichtig ist eine solche Mitarbeit der Betriebsärzte in Betrieben mit erhöhten Gefahren für die Atmungsorgane, wo eine fortwährende Ueberwachung, Belehrung und Beratung sowohl tuberkulosebedingter als auch der gesunden Mitarbeiter im Sinne der neuzeitlichen Tuberkuloseforschung erst recht dringlich ist.

4. In den notwendigen Bildungsgelegenheiten für Betriebsratsmitglieder (Betriebsrätefrage u. dgl.) ist der Aufklärung über die Bekämpfung der Tuberkulose nachdrücklich ein besonderer Platz zu gewähren.

**Die Bekämpfung der Tuberkulose durch die Gesetzgebung.** Berichterstatter: Professor Möllers (Berlin).

1. In den Mittelpunkt der Maßnahmen gegen die Tuberkulose müssen Beratungs- und Fürsorgestellen mit behördlichem Charakter gestellt werden, welche die Kranken und Gefährdeten unentgeltlich unterstützen und beraten.

2. Die Landes- und Gemeindebehörden müssen im Einvernehmen mit den örtlich beteiligten Vertretern der Arbeiter- und Angestelltenversicherungen sowie der freiwilligen Wohlfahrtspflege dafür Sorge tragen, daß in ausreichendem Umfange geeignete Vorkehrungen zum Schutz der Bedrohten, zur Fürsorge und Behandlung der Erkrankten und zur Unterbringung der ihre Umgebung hochgradig gefährdenden Kranken getroffen werden. Hierfür kommt neben der Errichtung von Fürsorgestellen die Einrichtung und Unterstützung von Heilstätten, Genesungsheimen und ähnlichen Anstalten sowie von besonderen Ab-

teilungen für ansteckende Tuberkulose in den öffentlichen Anstalten in Betracht.

3. Zur Einleitung und Durchführung der erforderlichen Fürsorgemaßnahmen muß jede ansteckende Erkrankung an Lungen- und Kehlkopftuberkulose und jeder Todesfall an Tuberkulose sowie der Wohnungswechsel von Tuberkulösen an eine dazu bestimmte Gesundheitsdienststelle angezeigt werden.

4. Die Gesundheitsdienststelle muß das Recht erhalten, alle zur Fürsorge für den Kranken und zur Verhütung der Weiterverbreitung der Tuberkulose im Einzelfalle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen; hierzu gehört auch die Befugnis, gemeingefährliche Kranke erforderlichenfalls zwangsweise in eine geeignete Unternehmungsstätte zu verbringen.

5. Ansteckenden Tuberkulösen müssen bestimmte Berufsstatigkeiten, insbesondere die Beschäftigung bei Kindern, in Schulen und Lehranstalten und im Nahrungsmittelgewerbe untersagt werden.

6. Kinder mit ansteckender Tuberkulose dürfen nicht mit gesunden Kindern zusammen unterrichtet werden.

7. Gegenstände und Räume, die mit tuberkulösem Auswurf behaftet sind, müssen gründlich gereinigt und desinfiziert werden. Eine Desinfektion der Wohnräume ist besonders nach dem Tode und nach jedem Wohnungswechsel von anstehend Tuberkulösen erforderlich.

8. Eine gesetzliche Tuberkulosebekämpfung kann nur dann mit Erfolg durchgeführt werden, wenn die erforderlichen, nicht unerheblichen Geldmittel zur Durchführung der Fürsorgemaßnahmen zur Verfügung stehen.

**Die Volksbildung im Dienste der Tuberkulosebekämpfung.** Friedrich Lorenz (Berlin). Vorsitzender des Verbandes deutscher Lehrervereinigungen für Schulgesundheitspflege.

Für die Bekämpfung der Volkskrankheiten ist die Aufklärung weitest Volkstkreise von größter Wichtigkeit.

In dieser Erkenntnis hat auch die sozialmedizinische Gesetzgebung unserer Zeit — insbesondere im Entwurf des Reichsgesetzes zur Bekämpfung der Tuberkulose — neben die Anzeigepflicht die Vornahme der Belehrung der Erkrankten als eines der großen Bekämpfungsmittel gesetzt.

Diesem Zwecke müssen alle unsere Bildungs- und Kultureinrichtungen in breiter Front nutzbar gemacht werden.

Die Schule der Neuzeit hat in ihren Einrichtungen wie Arbeitsunterricht, Freizeitschulung, in der staatsbürgerlichen Erziehung und bei der hygienischen Jugendunterweisung geeignete Gelegenheiten, Tuberkuloseprophylaxe zu betreiben.

In den sich anschließenden Fach- und Fortbildungsschulen kann das berufliche Wissen der heranwachsenden und vielfach tuberkulosegefährdeten Arbeiterschaft in fruchtbringende, vertiefende Beziehung zu gesundheitlichen Unterweisungen über die Tuberkulosefragen gebracht werden. Bei der Befriedigung der Bildungsbedürfnisse durch die mannigfachen Volksbildungsbestrebungen sind die Beziehungen der Tuberkulose zur Volkswohlfahrt in den Kreis der Betrachtung zu ziehen.

Die Volkserziehung, die an der Lebensgestaltung unseres Volkes mitwirken soll, muß auf eine verständige hygienische Lebensführung zur Tuberkuloseverhütung und -bekämpfung hinführen.

parasitäre Gift, die Tuberkelbazillen richten, sondern vor allem auch gegen das soziale Gift, gegen die Mißstände im Nahrungs- und Wohnungswesen. Erst sie bieten dem parasitären Schmarotzer den geeigneten Nährboden. Wenn die Menschen nicht genügend ernährt werden, nicht in einwandfreien, luftigen und sonnigen Wohnungen untergebracht sind, dann nützt alle ärztliche Behandlung nichts. Hier liegt die Zukunftsaufgabe der Sozialhygiene; sie ist nicht so sehr eine Frage der Heilkunde, als vielmehr der Wirtschafts-, Siedlungs- und Finanzpolitik. Wie sie in Zukunft zu bewältigen sein wird unter den zerrütteten Verhältnissen, die der unheilige Krieg für Deutschland mehr noch als für die andern kriegführenden Länder herbeigeführt hat, wird nicht leicht zu beantworten sein. Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft, ja und in erster Linie ist nach unserer Auffassung damit verbunden gesunde Arbeits-Lebensverhältnisse. Den Tuberkelbazillen, die ein Schwindsuchtstakandidat ausstrahlt, kann der Wohlhabende schon eher am Wege gehen, das Arbeitsvolk in Arbeitsstätten und seinen engen Wohnungen nicht. Daraus können die Steinarbeiter ganze Bücher schreiben, denn sie haben es fast tagtäglich vor Augen, wie unzureichend es auf diesem Gebiet noch bestellt ist. Darum ist unser gewerkschaftlicher Kampf gegen die Tuberkulose. Dieser Kampf sollte daher alle jene auf Seite der Gewerkschaften bringen, die verlangen, daß in einem gesunden Körper auch ein gesunder Geist wohnen soll.

## Jch.

Auf dem Jch ruht die ganze alte Welt, auf dem niedrigen selbstfüchtigen Jch. Daß ich selig werde, das war das Sehnen der Menschenbrust. Daß ich mein Stück Glück im Leben abbekomme, ist der eine Gedanke bei Ubertaufenden. Und der Dank für alle Mühe und Not des Lebens ist so vielen, vielen nichts als das persönliche Weiterleben nach dem Tode.

Wie hat die profetische Anschauung das Jch herabgezerrt von seinem herrschenden Thron. Aus dem Jch wurde das Du, Jhr, Wir. Es ist begreiflich, wenn da so viele nicht folgen können, wenn sie sich nicht losreißen können von ihrem lieben eigenen Jch, wenn sie sich nicht durchbringen können zu einer Auffassung der Welt, in der das Du alles ist.

Das sind die beiden großen gegensätzlichen Welten: dort die Welt des Jch und hier die Welt des „Alle“. Alle Menschen sind Brüder; alle Menschen sind eine Menschheit. In der Theorie wird der Gedanke von allen anerkannt, aber die Verwirklichung dieses Gedankens ist der Krüftstein der wahren Innenkultur. Der materielle Egoismus ist das große Hemmnis zum Aufblühen der Menscheneinheit. Die Beseitigung des materiellen Egoismus bedeutet darum den Sieg der Menschenbrüderschaft. Und darum soll das Jch nicht untergehen, sondern das niedrige, das wirtschaftliche, das in materialistischer Kultur aufgehende Jch. Der Kapitalismus soll schwinden, daß das Jch aufblühen kann in neuer, edlerer Herrlichkeit.

Nichts ist das Jch, dieses Stäubchen im Weltgeschehen, in der profetischen Gedankenwelt, und doch ist es alles. Wohl schwindet materieller Reichtum der Person und materielles Erreichen können. Doch wird die Persönlichkeitsseele groß und weit, schwingt die Persönlichkeitsseele in hohe Regionen des Glücks. In sich führt der Mensch alles. Du und du und du und du: weil ihr alle glücklich seid, darum frohlockt mein Herz und daß größer werde eure Fülle des Glücks, darum drängt und sehnt es in meiner Brust.

Die Welt Masse? Das Jch eine Null? Nein, nimmer kann herrlicher sein Fülle, Wert, Kraft als in der von uns erkämpften Welt. Je mehr das Jch von materiellen Fesseln befreit wird, um so mehr kann es sich entfalten in seiner ureigensten, heiligsten Innenart. Und die heißt: in mir die Welt, in meiner Seele die Menschheit. Und aus solch weltumschlingendem Bruderich heraus wird knospen ein immer wonnigerer Menschheitsfrühling.

Mein, sagt Losowski, wir wollen die Gewerkschaften nicht vernichten, wir wollen sie erobern. Die Gründung einer neuen Internationalen der Gewerkschaften beweist aber auch einem Blinden, daß es sich nicht um Eroberung der Gewerkschaften und den Kampf um die geistige Herrschaft in ihnen handelt, sondern um die Zerspaltung, Zerspaltung bedeutet Vernichtung der Gewerkschaften als einheitliche Macht im politischen und wirtschaftlichen Leben. So wenig als es einen Kreis mit zwei Mittelpunkten gibt, kann es eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung mit zwei internationalen Zentren geben.

## Internationales Steinarbeitersekretariat.

Bericht vom 1. Quartal 1921.

**Deutschland.** Besondere Ereignisse, die sich lohnten für die internationale Steinarbeiterbewegung registriert zu werden, sind in unserem Verband im 1. Vierteljahr nicht zu konstatieren. Die Nachwirkungen des Krieges, die fortwährend wie ein Damoklesschwert über dem Wirtschaftsleben hängen, haben ganz natürlich auf das Erwerbsleben der arbeitenden Bevölkerung, auf ihre Existenzmöglichkeit einen großen Einfluß, so auch auf die Steinindustrie. Diese Wirkung kommt auch in der Stagnation der Mitgliederzahl treffend zum Ausdruck. Am Jahreschluß mußten wir 45 478 Mitglieder, im Laufe des Quartals kam ein Zugang von 3858, dem stand ein Abgang (Werkunfall, Austritt, Tod) von 3596 gegenüber, so daß eine winzige Zunahme von 262 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Insgesamt waren am 1. April 1921 45 738 Steinarbeiter in unserem Verband vereinigt, davon 795 weibliche Mitglieder.

Die Natursteinindustrie leidet Not, Bauarbeit fehlt, Beton und Kunststein schnappen die wenige Bauarbeit weg, zu Straßenbauten fehlt den Gemeinden das Geld. Die Herstellung von Grabsteinen hat auch eine Grenze, die kunstgewerblichen Gegenstände aus Marmor finden in beschränktem Maße Absatz. Kein günstiges Bild und mancher Kollege sieht feuchend mit seiner Familie in die graue Zukunft.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen haben trotzdem hier und dort eine Aufbesserung erfahren. Die Stundenlöhne schwanken von 3.50 M. bis 9 M. Der Verbandsvorstand hat im Auftrag der Mitglieder zwei Reichstarife gefordert: 1. den Reichstarif für die deutsche Schotter- und Pflasterwerke, der bereits am 31. März abgelaufen ist und 2. den Reichstarif für die Granitkiesleiste. Wie sich künftig diese beiden Tarife gestalten werden, ist heute noch nicht zu sagen. Daß jedoch der Verband alles aufbietet, um mit den Neubeschlüssen die Verdienstmöglichkeit der Kollegen zu verbessern, ist selbstverständlich.

Die Lohnkämpfe, die an einzelnen Orten nicht zu umgehen waren, sind im allgemeinen mit Erfolg beendet worden. Größere Kämpfe waren in der schlesischen Schotterindustrie (über 700 Kollegen, Erfolg) und im Kasseler Pflastersteinbezirk, der ebenfalls mit Erfolg beendet wurde.

Die Arbeitslosigkeit im Verufe ist nicht so groß wie eigentlich anzunehmen ist. Am Quartalschluß, also am 31. März 1921, waren nach Angabe der Zahlstellen 622 Mitglieder erwerbslos.

**Tschechoslowakei (Prag).** Im Laufe des 1. Quartals konnten nur einige Lohnstarife mit einer Lohnhöhung abgeschlossen werden. Die meisten der abgelaufenen Verträge mußten verlängert werden, da die Steinindustrie der Tschechoslowakei derzeit eine außergewöhnliche Krise durchmacht, die diejenigen während des Krieges sehr ähnlich ist. Außerdem hat die Regierung anfangs des Jahres die Parole ausgegeben, die bisherigen Löhne zu stabilisieren, was den Unternehmern sehr zu statten kam. Arbeiterentlassungen wurden in größerem Maßstabe vorgenommen resp. die Arbeitszeit reduziert. Streiks sind in dieser Periode nicht zu verzeichnen. Begründet wurden zwei Zahlstellen.

Die Einnahmen im Jahre 1920 betragen 198 666.31 R., die Ausgaben 178 621.28 R. Die Ausgaben für die Fachpresse betragen 32 136 R., die Arbeitslosenunterstützung 4834.40 R., Streikunterstützung 39 819.38 R., Unkosten bei Bewegungen und Agitation 22 704.92 R. Der Kassabestand am Schluß des Jahres betrug 63 322.47 R. Für das laufende Jahr wird mit einer größeren Zahl bei der Arbeitslosenunterstützung zu rechnen sein, weil im Vorjahre nur mit Einzelfällen von Entlassungen zu tun war, wohingegen seit Anfang des Jahres ganze Zahlstellen Arbeitslosigkeit melden und die Arbeitslosenunterstützung um 40 Proz. erhöht wurde.

**Ungarn.** Unser Verband zählte Ende des ersten Vierteljahres in 112 Ortsgruppen 11 844 Mitglieder. Mitgliederzunahme im 1. Vierteljahr 1454. Die Einnahmen betragen 517 078.24 R., davon an Beiträgen 187 510.48 R. Die Ausgaben betragen: Unterstüttung 30 390.—, Fachorgan 89 495.—, Rechtschutz 6000.—, Agitation 5885.— R., sonstige Ausgaben 411 934 R. Zusammen 543 204 R. Streiks und Lohnbewegungen haben wir keine zu verzeichnen. Bautätigkeit ist — abgesehen von den 100 bis 120 Arbeiterwohnungen, die in Bergwerksgebieten ausgeführt werden — absolut keine zu verzeichnen. Die in Arbeit stehenden Kollegen arbeiten zumeist an Renovierungs- und Umgestaltungsarbeiten. Magistrats- und Staat lassen überhaupt nichts bauen. Infolgedessen ist die Arbeitslosigkeit sehr groß und bleibt es uns ein Rätsel, mit was die Kollegen sich und ihre Familien aufrechterhalten. Zweck Stärkung der Organisation und Vinderung der Arbeitslosigkeit haben wir Eingaben gerichtet an die Städteverwaltungen und Regierung, in denen wir die Inangriffnahme von Notstandsarbeiten fordern.

Am 20. Februar fand unser Verbandstag statt, wo die Beiträge von 2 R. auf 7 R. erhöht wurden. Bisher wurden die Beiträge im Jahre 40 Wochen hindurch entrichtet, jetzt werden sie das ganze Jahr bezahlt. Die Verbandsunterstützungen wurden um 150 Proz. erhöht. Sodann wurde die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschlossen, die Leitung wird dem nächsten Verbandstag fertige Anträge stellen. Für die Einführung wird von jedem Beitrag eine Krone dem Arbeitslosenfonds zugeführt. Das Fachorgan wird nunmehr halbmöndlich erscheinen. Hierfür werden vom Beitrag 2 R. reserviert, so daß für Deckung der übrigen Ausgaben noch 4 R. verbleiben.

Auf dem Gebiete der Sozialisierung kann gar nichts geschehen, infolge der Reaktion, die hier wütet. Die Regierung befaßt sich mit allem, nur nicht mit solchen „hohlewisssigen“ Plänen. Aus eigener Kraft wollen wir eine auf das ganze Land sich erstreckende Produktionsgenossenschaft gründen und haben die verschiedenen Länder, wo solche schon bestehen, betreffend Errichtung und Verwaltung interpelliert. Dort, wo die Staatsmacht an der Unterdrückung und Anbelagerung der Arbeiterschaft beständig arbeitet, kann natürlicherweise von Arbeiterschutzesessen und Koalitionsrecht nicht gesprochen werden. Die Arbeitszeit ist immer noch nicht gesetzlich geregelt. Versammlungen können nur dann stattfinden, wenn diese 3 Tage vorher der Behörde angezeigt und von dieser bewilligt werden. Wir haben immer noch 35 Ortsgruppen, die durch das Verbot der Versammlungen keine Tätigkeit entfalten dürfen.

**Finnland.** Am Ende des vergangenen Jahres umfaßte der Verband 1258 Mitglieder, die Zahl der Sektionen war 35. Die Steinarbeiter haben ihre Lohnverhältnisse nicht in dem Grade verbessern können, wie die Preise der Lebensmittel sich erhöht haben. Dies hängt von der sehr kurzen Bauzeit und den ziemlich schwachen Organisationen ab. Während die Preise für die Lebensmittel am Ende des Jahres mehr als 1000 Proz. höher waren als pro 1914, waren die Löhne der Steinarbeiter nur um 700 Proz. gestiegen. Im laufenden Jahre haben mehrere Lohnbewegungen stattgefunden, die kleinere Erfolge brachten. In Abo, Kurfu, war eine längere Zeit dauernde Aussperrung und verloren die Steinarbeiter 1248 Arbeitstage. Der Verband bezahlte hierfür über 6000 M. als Unterstüttung. Lohn- und Arbeitsverträge existieren nur in Helsingfors und Abo, sie sind aber inzwischen abgelaufen.

Die Löhne sind 5 bis 7 finnische Mark pro Stunde. Die inneren politischen Kämpfe haben bisher noch nicht schädlich auf die Organisation gewirkt.

Das Organ des Verbandes „Kivihömie“ (Steinarbeiter) erscheint seit 1920 wieder regelmäßig pro Monat.

**Belgien.** Am 19. Juni findet der Verbandstag statt. Die Traktandenliste sieht unter anderem folgende Punkte vor: Arbeitslosenklasse, Verbot der Affordarbeit, Nachstunden, Beamtenorganisation, Die industrielle Krise, Sozialisierung der Betriebe usw.

Aus den Berichten entnehmen wir folgendes: Der Kassabericht pro 1920 weist einen Einnahmeposten von 881 817.49 Fr. und Ausgaben 855 620.37 Fr. vor, somit einen Kassabestand von 526 197.12 Fr.

Mit 1. Januar ist die auf freiwilliger Basis aufgebaute Arbeitslosenunterstützung in Kraft getreten. Diese sieht Beiträge vor von 60 Cts. bis 1.20 Fr. per Monat und nach 6monatiger Mitgliedschaft Unterstüttungen von 3 bis 7 Fr. per Tag.

Aus einer Enquete über die Arbeitszeit im Lande ergab sich, daß von 23 433 Beschäftigten 14 738 Mann eine achtfündige Arbeitszeit innehaben, 5120 arbeiten 8½ Stunden und 3575 ohne geregelte Arbeitszeit.

Erfolgreiche Bewegungen waren folgende: In Bathuy wurden die Löhne um 20 Cts. per Stunde erhöht, in Louvain um 15 Cts. und betragen jetzt 2.60 Fr. bis 2.90 Fr. In Rabriva (Lige) waren die Marmorarbeiter (110 Mann) 21 Tage im Streik, sie verlangten die Anerkennung der Organisation und Mißbräuchlichkeit bei Feststellung von Arbeits- und Lohnbedingungen. Auch dieser Streik endigte mit vollem Erfolg. In Webergnies wurde ein neuer Arbeitsvertrag für die in der Pflastersteinindustrie beschäftigten Arbeiter festgelegt und die Affordpreise um 420 Proz. erhöht gegenüber denjenigen von 1914 und den Pflasterern ein Stundenlohn von 2.03 Fr. garantiert.

Lohnreduktionen verzeichnen wir von folgenden Orten: In der Provinz Namur stellten die Unternehmer Forderung auf Anerkennung von 10 Proz. Lohnreduktion, beginnend mit 1. April. Nach Unterhandlungen wurde diese Lohnverminderung auf 5 Proz. festgesetzt.

In Maserey wollten die Unternehmer die Stundenlöhne um 65 Cts. reduzieren und den bisherigen Garantielohn abschaffen. Nach 5tägigem Streik kam ein Abkommen zustande mit einer Lohnreduktion von 15 Cts. per Stunde.

In der Provinz Liffines wurden vertraglich ebenfalls Lohnvermindernngen angenommen, und zwar stufenweise von 5 bis 15 Cts.

Auch für die Arbeiter der Kalksteinbrüche Tournaijs wurde eine 10prozentige Lohnreduktion mit 1. Juli nach längeren Verhandlungen anerkannt. (Dort ist es anscheinend aus diesem Grunde nachträglich doch zum Streik gekommen. Red.)

**Italien.** Aus dem Bericht der Bewegungen entnehmen wir: In Mailand haben die Pflasterer und Steinhauer der Straßenbauten ihren Arbeitsvertrag erneuert. Die Zeurungszulagen wurden von 4.50 Lire auf 7.75 Lire erhöht und als fest bestehend bis Ende April 1922 bezeichnet. Auch wurden erstmals bezahlte Ferien festgelegt. Die Steinhauer in Novate Mezzola befanden sich im Streik, da die Unternehmer sich weigerten, die vertraglich festgelegte Lohnherhöhung von 30 Proz. zu bezahlen. Die bisherigen Löhne waren 14 bis 16 Lire per Tag. Auf Grund größerer Streiks, wie in Varese wegen Einführung verlängerter Arbeitszeit und Lohnreduktionen (3000 Beteiligte) und in Casaleje wegen Nichtreparatur des abgeschlossenen Arbeitsvertrages (5000 Aussperrte) sah sich der Landesverband gezwungen, eine Extrasteuer von 5 Lire für die Mitglieder des ganzen Landes einzuführen.

**Schweiz.** Die Bautätigkeit im ersten Quartal war noch als eine gute zu bezeichnen, Arbeitslosigkeit war nirgends in der Steinbranche. Erst gegen Ende des Quartals trat langsam ein Stillstand ein, der voraussichtlich einige Arbeitslosigkeit für geraume Zeit mit sich bringen dürfte. Die Bautätigkeit beschränkt sich größtenteils auf staatliche Bauten und solcher von Wohnbau-genossenschaften. Mit Ausnahme von vier Steinbrüchen wird aber überall Kunststein verarbeitet. Durch Erledigung der Bewegung in der Baubranche bezüglich der Festsetzung der Arbeitszeit pro 1921 konnten auch in unseren Berufsgruppen ernstere Bewegungen umgangen werden. Immerhin wurden noch in mehreren Orten Lohnherhöhungen herausgeholt. Im Tessin einzig haben die Unternehmer mit Lohnreduktionen begonnen, die Granitindustrie daselbst ist ebenfalls stark zurückgedrängt. Die Löhne im allgemeinen variieren zwischen 1.90 Fr. bis 2.65 Fr. pro Stunde. Im Afford sind keine 20 Mann mehr beschäftigt. Mit dem Verband der Marmorwerke wurde der bestehende Landesvertrag für ein weiteres Jahr verlängert.

Internat. Steinarbeitersekretariat, Nob. Kolb, Zürich.

## Aus den Zahlstellen.

An die Ortsverwaltungen. Für die Arbeitslosen-zählung im Monat Juni ist eine gelbe Zählkarte bis zum 10. Juli einzufenden. Die Zahlstellenmitglieder haben dafür einzutreten, daß die Ortsvorstände ihre Pflichten auch auf diesem Gebiet erfüllen und die kleine Mühe am Monatschluß nicht scheuen. Ander Zählung im Mai haben 205 Zahlstellenvorstände sich nicht beteiligt! Die säumigen Zahlstellen für Juni werden veröffentlicht, damit in den örtlichen Mitgliederversammlungen das weitere veranlaßt wird.

**Attenburi.** Unser früherer Kassierer und früheres Verbandsmitglied Heinrich Drömer büßte am 10. Juni durch ein Sprengungslud auf schreckliche Art sein Leben ein. Dr. war kürzlich als Bruchmeister im Steinbruch Silberhülz angestellt und trat leider als solcher aus der Organisation aus. Am 10. Juni hatte er einen zirka 6 Meter tiefen mit über 3 Zentner Pulver geladenen Schuß abzugeben. Das Signal ertönte, die Arbeiter stürzten in Deckung; Dr. kam nicht mehr dazu. Nachdem er den Schuß zur Entzündung gebracht, trachte es sofort und schiederte den Bruchmeister samt den Steinmassen in die Tiefe. Sofortiges Zurpringen der Arbeiter konnten den Unglücklichen nicht mehr retten, weil noch ein Berg-rutsch nachkam und ihr unter seinen Gesteinstrümmern begrub. Erst nach mehrstündiger Aufräumungsarbeit konnten die verbliebenen Reste des Bruchmeisters geborgen werden. Zufällig war auch der Gauleiter Menges anwesend und konnte den Verunglückten beistehen. Die Familie des Verunglückten ist schlimm daran; eine Sammlung unter den Kollegen ergab mehrere hundert Mark. Durch den vollzogenen Austritt, der bereits Wochen hinter uns liegt, kann der Verband auch nicht mehr helfend eingreifen. Der Vorgang zeigt unsern Kollegen, daß sie nicht so ohne weiteres aus der Organisation austreten sollten. Die Ursachen der plötzlichen Entzündung der Ladung müssen unbedingt aufgeklärt werden und trifft außer dem Verunglückten anderen noch Schuld, dann ist keine Strafe für sie zu hart. Die Berufsgenossenschaft wird gut tun, sich den Betrieb und das Sprengmaterial einmal genauer anzusehen, denn auf alle Fälle ist da irgend etwas nicht in Ordnung gewesen.

**Leipzig.** Am 14. Juni fand unsere gutbesuchte Mitglieder-versammlung statt. Der Vorsitzende gab einen ausführlichen Bericht über die am 2. und 9. Juni stattgefundenen Lohnverhandlungen. Die zuerst geforderte Lohnherhöhung von 7.50 M. pro Stunde wurde von den Arbeitgebern abgelehnt. Nachdem wir unsere Forderung auf 7.30 M. herabgesetzt hatten, boten die Unternehmer 7.10 M. pro Stunde. Unter Berücksichtigung der Schwierigkeiten, die der Durchführung eines Lohnkampfes zur Zeit entgegen stehen, wurde beschloffen, der Anregung des Gauleiters Mühlle Folge zu leisten. Unter Vorbehalt, zu geeigneter Zeit unsere alte Forderung von neuem zu erheben, wurde das Angebot der Unternehmer angenommen. Ab 27. Mai beträgt der Stundenlohn 7.10 M., auf den Affordtarif kommen 610 Prozent Zeurungszulage. Auf Antrag des Kollegen Lemmel wird nochmals hervorgehoben, daß an dem Beschluß, daß die Meister den Knippel zu liefern haben, festgehalten wird.

**Stuttgart.** Den Inhabern der Grabsteingeschäfte und Bildhauereien in Groß-Stuttgart ist durch das Vorgehen des Großunternehmens gegen die Arbeiterklasse derartig der Kamm geschwollen, daß sie glauben, jetzt sei der Zeitpunkt günstig, um der Organisation einzuschließen. Auf 1. März verlangten die Steinarbeiter einen Neuausschluß des Tarifvertrags unter Erhöhung des Stundenlohnes um 15 Prozent. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden und die Arbeiterhaft rief den Schlichtungsausschuß an. Dieser fällte einen Schiedspruch, der den Arbeitern ab 1. März 1921 die Erhöhung des Stundenlohnes von 5.80 auf 5.90 Mark zusprach. Dieser Spruch wurde von den Arbeitgebern abgelehnt. Die Arbeiterschaft beantragte nun die Verbindlichkeitsklärung, die auch erfolgte. In einer nochmaligen Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß über drei weitere strittige Punkte wurde ebenfalls ein Schiedspruch gefällt, zugleich wurden beide Teile verpflichtet, bis 1. Juni einen Tarifvertrag abzuschließen. Diesem Schiedspruch haben sich die Arbeiter wie die Unternehmer durch Mitteilungs an den Schlichtungsausschuß unterworfen. Im 18. Mai beriefen nun die Unternehmer die beiderseitige Kommission zu einer Sitzung zusammen und gaben dort die lafonische Erklärung ab, daß sie es nicht für notwendig finden, mit uns einen Vertrag abzuschließen. Wir fragen nun: Wie verhält sich diese Erklärung mit der obigen Mitteilung an den Schlichtungsausschuß? Aus dem Nachfolgenden ist ersichtlich, daß die Herren Arbeitgeber zum Angriff übergehen wollen. Herr Paul Burthard, Grabsteingeschäft, Friedhofstraße, hat seine Leute genötigt, einen Rebers zu unterschreiben, daß sie um 5.70 Mark die Stunde arbeiten und auf jede Nachforderung verzichten. Einen seiner Arbeiter hat er mit folgender Motivierung entlassen: „Herr S. wurde heute bei mir entlassen, weil er, ohne mich zu fragen, um 1 Uhr zu arbeiten anfang, während die Arbeitszeit erst 1½ Uhr beginnt.“ (!) Die Firma Wacker & Söhne verweigert ihren Arbeitern auch die Nachbezahlung des erhöhten Stundenlohnes ab 1. März. Damit nicht genug, gehen die Herrschaften jetzt aufs Ganze! Die Gauleitung des Zentralverbandes der Steinarbeiter erhielt von den Unternehmern folgendes Schriftstück:

„Wir eruchen Sie höflichst, dahin zu wirken, die von Ihrem Verband über uns verhängte Sperre mit sofortiger Wirkung aufzuheben; widrigenfalls wir die Aufhebung der Sperre auf gerichtlichem Wege zu erzwingen wissen.“

Wir weisen nun die Offenlichkeit darauf hin, daß es die Unternehmer waren, welche die Sperre über 28 Kollegen verhängt haben, weil sich diese mit einem Anteilchein an der Betriebsgenossenschaft der Steinarbeiter beteiligt haben. Die Betriebsperre unsererseits war nur eine Gegenmaßnahme, welche etwas spät, aber sicher zu wirken anfang und den Herren jetzt auf die Nerben geht. Die Herren können sich die Gerichtskosten ruhig sparen, denn es hat ja auch noch kein Gericht einen Unternehmer bestraft, der Tausende von Arbeitern aussperrte. Geben die Herren die Sperre über unsere Kollegen auf, so werden wir auch die Sperre über die Betriebe aufheben. Geben sie auf dieses Angebot nicht ein, so wird die Sperre in verschärfter Weise fortgeführt, so lange es uns gefällt. Sie haben also die Wahl.

**Dornreichenbach.** Wieder einmal haben die Steinarbeiter Gelegenheit gehabt, Herrn Steinbruchbesitzer Georg Bachmann von der guten Seite kennen zu lernen. Die Kollegen sahen sich gezwungen, einige Tage die Arbeit zu verweigern, um die Unternehmung zu Lohnverhandlungen geneigt zu machen. Unbegreiflicherweise gestatteten sie, daß während dieser Zeit Reparaturarbeiten an den Werkanlagen ausgeführt wurden. Die Lohnverhandlungen fanden statt. Der Streik wurde infolgedessen gegenstandslos und die Kollegen erschienen wieder auf ihren Arbeitsplätzen. Jetzt setzte sich Herr B. aber aufs große Pferd und ließ den Betrieb erst dann wieder eröffnen, als die angefangenen Reparaturarbeiten beendet waren. Durch die Betriebsverhältnisse war diese Maßnahme aber keineswegs bedingt, es hätten alle Arbeiter sofort wieder beschäftigt werden können. Herr B. wollte nur den starken Mann spielen. Bei der Einstellung sollte auch noch „gesteht“ werden. Diese löbliche Absicht ist aber vorbeigelaufen. Aber damit war das „gute Herz“ des Herrn B. für seine Arbeiter, mit dem er bei Gelegenheit recht gern renommiert, noch nicht befriedigt. Er möchte den Zustand noch recht gern dazu benutzen, seine abgearbeiteten und erholungsbedürftigen Steinarbeiter um da so sauer verdiente Recht auf Ferien bringen. Das machte für Herrn B. einen mühelosen Verdienst von zirka 16 000 Mark aus. Was gäbe diese schöne Summe nicht für eine prächtige Ferien- oder Wabereise für Herrn B. selbst? Doch über diese Sache ist das letzte Wort noch lange nicht gesprochen. Auch Herr B. wird noch lernen müssen, mit dem Steinarbeiterverband zu rechnen. Die Zeiten sind vorbei, in denen sich seine Arbeitsbienen mit ein paar Mark als „Ehrengabe“ für 25jähriges Schuften im Steinbruch abspesen ließen. Wir wollen keine Ehrengaben, sondern unser tarifliches Recht. Herr B. sollte sein Sinnen und Trachten lieber auf Besserung der überaus traurigen Betriebsverhältnisse richten, damit seine Affordarbeiter endlich einmal in die Lage kommen, entsprechend § 15 des NAW. zu verdienen. Wie sieht es denn aber da aus? Ueberall Unordnung und Unzulänglichkeiten. Die Gleisanlagen z. B. sind so schlecht und liegen so tief im Dreck, daß selbst Bruchmeister Jentsch auf Vorfelligwerden erklären mußte: Ich kann das Gleis unmöglich heben lassen, es wird ja nur vom Dreck zusammengehalten. Wenn die Arbeiten im Stundenlohn ausgeführt würden, sähe es jedenfalls besser aus, denn dann ginge es ja an den eigenen Geldbeutel, das ist eben der kluge Punkt. So sind es ja aber nur Affordarbeiter, die unter den Mißständen zu leiden haben und nichts verdienen können. Dafür werden diese aber auch bei jeder Gelegenheit von Herrn B. verdächtigt, daß sie träge und faul seien. Aller Augenblicke springen die Loren aus dem Gleis, was das Wiederhineinbringen für die Arbeiter für unnötige Kraftaufwendung bedeutet, für die sie keine Vergütung erhalten, scheint Herr B. nicht beurteilen zu können. Wenn der Winter herannaht, kommen die Werkslokomotiven überhaupt nicht mehr vorwärts. Der Abtransport des gewonnenen Materials von der Bruchstelle stockt, und die Kollegen können sich vor Steinen nicht mehr umbrechen. Auch für diese Behinderung des Arbeitswillens durch die von der Firma verschuldeten Mißstände dürfen die Kollegen die Kosten tragen, und Herr B. findet das durchaus in Ordnung. Es wird aber auch hier Wandel geschaffen, wie mit so vielem andern! Die großen Anfrigerungen sollen uns nicht bedrücken, denn Herr B. läßt sich Fortschritte für die Kollegen nur abringen. Der Verband wird nur dann in der Lage sein, Besserung zu erreichen, wenn die Kollegen ihre bisherige Geschlossenheit auch fernerhin bewahren, damit Herr B. einsehen lernt, daß die alten, guten Zeiten des „Herrn-im-Hause“ endgültig vorbei sind, und die Arbeiter über ihre Geschichte mit bestimmen wollen.

**Berlin.** In einer kombinierten Versammlung am 2. Juni im Gewerkschaftshaus referierte das Vorstandsmittglied Knoll des ADGB. über die Arbeitslosenfürsorge. Eingehend, die Ursachen der Arbeitslosigkeit betonend, sagte er, daß eine allgemeine Verelendung der Arbeitermassen eintreten muß; denn die Löhne sind nur um das Neunfache, während die Lebensunterhaltungskosten um das Vierzehnfache gestiegen sind. Erhebungen in 30 Industrieorten ergaben, daß 10 Prozent arbeitslos und 20 Prozent verkürzt arbeiten. Eine allgemeine Weltkrise hat eingesetzt. Ueberall ist große Arbeitslosigkeit. Bei uns hat die ungeheure Unsicherheit besonders dazu beigetragen. Nach der Annahme des Ultimatus scheint der zerstörende Geist jetzt gebannt zu sein. Die Erfüllung desselben und die Wiedergutmachung erfordert, daß keine Hand feiern darf. Wer diese Tatsachen in ihrer ganzen Macht würdige, muß zur Wehrzeugung kommen, daß die Gewerkschaften und auch keine Regierung nicht imstande sind, die Arbeitslosigkeit sofort zu beseitigen. Von Zeit zu Zeit kann nur summarisch berichtet werden, welche Schritte unternommen worden sind. Der Referent geht dann auf die 10 Forderungen ein. Die Verhandlungen haben teilweise Erfolg gezeitigt; sind aber noch nicht zum Abschluß gelangt. Verschiedene Hindernisse sind noch zu überwinden. Wenn sich aber die Parteien verstehen und sich rüchloslos auf den Boden der Forderungen stellen, wird etwas herauskommen. Aber auch die in Arbeit stehenden können viel zur Vinderung beitragen, wenn sie den Solidaritätsgedanken auch praktisch ausüben. Der Vorstand des ADGB. betrachtet es als vornehmste Pflicht, zur Vinderung der Arbeitslosigkeit weiter zu arbeiten. — In der Diskussion wird besonders betont, daß die Kollegen in vielen Fällen Solidarität geübt haben, indem sie durch Kurzarbeit Entlassungen verhindert haben. Nach lebhafter Debatte, die sich teils gegen, teils im Sinne der Ausführungen des Referenten bewegt, erinnert Knoll in seinem Schlußwort an einen Ausspruch Bebel: „Vielleicht sind die Gewerkschaften der Boden, auf dem die Parteien betreten werden!“ Er ist der Ansicht, daß die Steinarbeiter in richtiger Erkenntnis

der Sachlage. das Nötige tun werden. Wenn sie mit einzelnen Führern nicht einverstanden sind, werden sie dafür sorgen, daß diese durch Besetzung ersetzt werden. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Dem Kollegen Herm. Kopp's ist vom Vorstand eine Verwarnung, den Kollegen M. F. F. und Binz eine scharfe Rüge erteilt worden, weil sie ohne Vermittlung des Nachweises in Arbeit getreten sind. Gegen die Kollegen Gustaf Sanlow'sch und Friedrich Jahnke beantragt der Vorstand das Ausschlußverfahren einzuleiten wegen Schädigung der Verbandsinteressen. Die Versammlung ist hiermit einberufen. Der Kollege K. K. K. legt seine Kosten in der Gauleitung und in der Kommission nieder, was vom Kollegen Ritsche sehr bedauert wird. Nach längerer Aussprache über das Verhalten von Betriebsräten bei vorgekommenen Entlassungen war Schluß der Versammlung.

## Rundschau.

**Aus unserm Beruf und Industrie.** Nach einer Zusammenstellung der Sterbefälle von 1920, wie sie wöchentlich im Blatt bekannt werden, waren 311 Fälle gemeldet. Von den Verstorbenen waren 144 Steinmehrer, 57 Steinbrecher, 45 Hilfsarbeiter, 37 Pflastersteinarbeiter, 25 Schleifer und 3 Schieferarbeiter. Die Todesursache war bei 125 Gestorbenen Lungentuberkulose, bei 35 Folgen eines Berufsunfalls. Die Todesursache war demnach bei der Hälfte mit der Berufsausübung recht eng verknüpft. Von den Steinmehrer starben allein 83 an Lungentuberkulose, von den Brechern und Pflastersteinarbeitern je 12, Hilfsarbeiter 11, Schleifer 6 und 1 Schieferarbeiter starb an dieser schrecklichen Volksseuche, die bekanntlich in der Steinindustrie durch die Steinbearbeitung sich Heimatsrecht erworben hat. Von den 311 Gestorbenen waren bis 20 Jahre alt 12; 20 bis 30 Jahre 34; 30 bis 40 Jahre 69; 40 bis 50 Jahre 96; 50 bis 60 Jahre 63; 60 bis 70 Jahre 36 und über 70 Jahre alt 1 Verstorbener.

**Gewerkschaftliches.** Vorstand und Beirat des Bauarbeiterverbandes empfehlen den Mitgliedern eine Erhöhung der Verbandsbeiträge. Vom 4. Juli an wird auf die Dauer von 13 Wochen ein außerordentlicher Beitrag erhoben. Dieser soll in allen Zweigvereinen wöchentlich die Hälfte des jahungsmäßigen Hauptkasseebeitrages betragen, so daß der Gesamtbeitrag dann gleich dem Stundenlohn ist. Eine Abstimmung soll entscheiden, ob die Beitragserhöhung über 13 Wochen (bis Verbandstag) bestehen bleibt.

Genosse Hermann Silber Schmidt, Mitglied des Vorstandes vom ADGB, ist ins Reichsministerium für Wiederaufbau und das Reichskommissariat zur Ausführung von Aufbaubarbeiten in den zerstörten Gebieten Berater und Mitarbeiter in Arbeiterangelegenheiten berufen worden.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hielt seinen 12. Verbandstag in der zweiten Juniwoche in Hamburg ab. Er hat zur Frage der Organisationsform folgende Entschliessung angenommen:

„Der Verbandstag erkennt an, daß die Organisationsform der Gewerkschaften nicht starr sein darf, sondern jeweils den veränderlichen Verhältnissen des Wirtschaftslebens und den gewerkschaftlichen Aufgaben anzupassen ist. Während im allgemeinen für die Lohnpolitik der Gewerkschaften die berufliche Organisationsabgrenzung als die zweckmäßigere erscheint, macht sich bei der Übernahme wirtschaftspolitischer Aufgaben das Bedürfnis nach betrieblicher Abgrenzung bemerkbar. Der Verbandstag erwartet vom nächsten Gewerkschaftskongress eine Beschlusfassung, die diesem Bedürfnis Rechnung trägt, ohne aber die historisch gewordene Organisationsform gewaltsam und plötzlich zu verändern. Er empfiehlt als geeignet die Durchführung folgender Maßnahmen: a) Diejenigen Berufsverbände, deren Organisationsgebiete ausschließlich oder fast ausschließlich in der gleichen Industrie liegen, werden durch Kongreßbeschluß aufgefordert, sich zu Industrieverbänden zusammenzuschließen. b) Für diejenigen Berufsarbeiter in gemischtberuflichen Betrieben, die hier nur vereinzelt und nicht in besonderen Berufsabteilungen beschäftigt werden, soll die für den Betrieb maßgebende Organisation als zuständig bezeichnet werden. Solange der Gewerkschaftskongress keine Menderung beschließen hat, fordert der Verbandstag von allen Verbänden die strikte Einhaltung der durch die früheren Beschlüsse festgelegten Richtlinien über die Organisationsabgrenzung. Um das Zusammenarbeiten zwischen den im ADGB vereinigten Gewerkschaften zu erleichtern und die Verwaltungsgeschäfte zu vereinfachen, ist eine möglichst Einheitlichkeit in den gewerkschaftlichen Einrichtungen und Unterstützungen anzustreben. Die Zusammenfassung der Hand- und Kopparbeiter in einer Gewerkschaftsorganisation hält der Verbandstag zur Zeit noch nicht für zweckmäßig. Die Entscheidung darüber muß in erster Linie den freigewerkschaftlichen Angestelltenverbänden überlassen bleiben.“

Gründung der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit beschränkter Haftung. Am 27. Mai wurde auf Beschluß des Bundesvorstandes die obgenannte Verlagsgesellschaft gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Verlagsbuchhandlung, besonders die Herausgabe der Zeitschriften des ADGB, die Beteiligung an Geschäften, die den Zwecken des genannten Bundes und gleichartigen Zwecken dienen, der Erwerb und die Verwaltung von Grundstücken. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 60 000 M. Zu Teilhabern und Geschäftsführern bestimmte der Bundesvorstand seine Mitglieder Theodor Leipart, Peter Graßmann und Hermann Kube.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

**Neue Gauerteilung.** Infolge Ausbreitung unseres Verbandes und mit Rücksicht auf eine durchgreifendere Agitation haben Verbandsauschüß und Zentralvorstand in gemeinsamer Beratung folgende Aenderungen beschlossen:

1. Gau (Vorort Berlin) erhält vom 4. Gau zugeteilt die Zahlstellen Aurich, Bremen, Hamburg, Kiel, Lübeck, Lüneburg, Oldenburg, Stade und Wulsdorf.

Diese Orte gehören beruflich besser zum 1. Gaubezirk und ferner sind es alte Verbandsorte mit recht erfahrenen Kollegen am Ort, die alle ihre Aufgaben stets selbständig und allein erledigt haben. Die Zuteilung zum 1. Gau ist also mehr Formsache.

2. und 3. Gau bleiben wie bisher.

4. Gau (Vorort Göttingen) ist nach Abtretung der nordischen Zahlstellen fast überwiegend Harzgebiet.

Der bisherige 5. Gau (Köln) wird in zwei Gaue eingeteilt, je mit dem Sitz in Köln und Frankfurt a. M. Zum Gau Köln, der weiter als der 5. bezeichnet wird, gehören folgende Zahlstellen: Alendorf, Alpenrod, Alendiez, Alendorf, Weilstein, Verzahn, Wiombach, Bodum, Bonn, Crefeld, Delftern, Dornap, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Eberfeld, Embach, Enspel, Essen, Eubendach, Erdbach, Fehlfeld, Langenaubach, Lctmaife, Münden, Nierzhagen, Gruitten, Summerbach, Sahnensfurt, Harbeck, Hecholzhausen, Hofermühle, Hohenlimburg, Solzenhausen, Hunswinkel, Köln I und II, Kupferdreh, Langenaubach, Lctmaife, Rinz, Rippe, Düntenbeck, Medenbach, Wülheim, Münster, Neanderthal, Oberbach, Oberhagen, Offenbach (Dillkreis), Roth (Dillkreis), Rothenbach, Ruppach, Schupbach, Schabed, Sprochhövel, Uderath, Willmar, Westhofen, Wülfrath, Zinheim.

Zum 6. Gau (Karlsruhe) kommen die Zahlstellen: Craihsheim und Ulm.

Zum 8. Gau (Würzburg) kommen: Augsburg, Dillingen, Nordendorf, Nördlingen und Coburg vom 7. Gau.

Dem neuen 9. Gau (Frankfurt a. M.) sind zugeteilt: Ansbach, Baumholder, Obenhäusen, Weitenborn, Burgschwalbach, Coblenz, Dietesheim, Dreihäusen, Düdelsheim, Flonheim, Frankfurt a. M., Hoffeld, Homberg, Kaltennordheim, Kesselbach, Kirn, Kreuznach, Lauterbach, Lollar, Mainz, Nieren, Niederbreitig, Obermendig, Obermörlen, Oberwiddersheim, Oberessingen, Queckborn, Rinderbüngen, Rodenbach, Saafen, Großsteinheim, Kl.-Steinheim, Singzig, Trier, Steinau, Völkershausen, Wehlar, Wiesbaden, Weilmünster, Wölferbütt.

Die Neueinteilung tritt für den Gau 4 und 5 mit dem Tage des Antritts der neugewählten Gauleiter in Kraft. Die übrigen kleinen Verschiebungen haben sofort Gültigkeit.

Für den 4. Gau (Vorort Göttingen) wurde als Gauleiter gewählt: Albert Schlegel, Weucha (Pflastersteinarbeiter). Für

den 5. Gau (Vorort Köln) Jakob Braun, Mahen (Steinmehrer).

Der Antritt erfolgt umgehend und erhalten die Zahlstellen noch nähere Nachricht durch Mundschreiben.

Insgesamt hatten sich 14 Kollegen um die ausgeschriebenen Stellen beworben. Verbandsvorstand und -auschüß sprechen den Bewerbern Dank aus für die schriftlichen Abhandlungen zur Bewerbung.

Der Steinarbeiterverband Nr. 27 lag die Betriebszeitung, Gewerkschaftliche Frauenzeitung und Aufnahmelisten bei. Um die Stammbücher im Hauptbureau zu ergänzen, ist es notwendig, daß die Zahlstellenkassierer diese Listen umgehend ausfüllen und zurücksenden.

Die Krankmeldungsformulare an den Zentralvorstand müssen mit der Mitgliedsbuchnummer versehen sein, und zwar gelten nur die Nummern solcher Mitgliedsbücher, in denen die Jahreszahl 1921—1930 vorgegedruckt ist, also mit anderen Worten, die neuen Bücher vom 1. Januar 1921 an.

## Abrechnung der Hauptkasse

vom 1. Quartal 1921.

Einnahme.	
An Guthaben aus den Zahlstellen	107 431.89
Für Eintrittsgeld	4 747.—
Beiträge à 3.50 M.	244 088.—
à 3.00	226 268.—
à 2.50	301 230.—
à 2.00	245 438.—
à 1.50	101 410.50
à 1.00	28 822.—
Erwerbslosenmarken à 0.50 M.	23 747.50
geliefertes Material an die Zahlstellen	3 171.95
Abonnements und Inserate	3 067.30
Zu viel gefandte Streifenunterstützung, sonstige Einnahmen (Rinken Denkmalsfonds Staudinger usw.)	15 339.99
a conto-Bahlungen der Zahlstellen auf 2. Quartal 1921	12 283.38
Summa	1 317 035.51

Ausgabe.	
Für Agitation und Regelung von Lohnbewegungen:	
a) Gauleitungen	71 000.—
b) Zentralvorstand	6 618.15
c) Zuschuß für Lokalangestellte	31 603.50
d) Aufwändungen (Reichs- und Bezirks-tarife)	9 374.45
118 596.10	
Für Unterstützungen:	
a) Arbeitslosenunterstützung	77 482.05
b) Reiseunterstützung	217.90
c) Krankenunterstützung	186 701.75
d) Sterbeunterstützung	4 590.—
e) Streifenunterstützung	234 954.47
f) Gemahregeltenunterstützung	2 383.—
g) Umzugsunterstützung	300.—
h) Notfallunterstützung	1 585.—
i) Rechtschüß	5 236.37
463 450.54	

Für Verwaltung (persönliche):	
a) Gehalt	40 913.70
b) Versicherungsbeiträge	4 518.25
c) Revisionen und Vorstandsführungen	1 903.20
d) Verbandsauschüß	100.—
e) Ausbilde im Bureau	1 257.60
f) Mantelgeld	75.—
48 767.75	

Für Verwaltung (sachliche):	
a) Bureauunterstützung, Heizung, Licht	2 775.70
b) Telefon, Schreib- und Radmaterial	1 005.05
c) Porto, Postgebühren, Strafporto	1 890.—
d) Neuanschaffungen und Reparaturen	1 092.60
e) Druckkosten für Formulare, Buchbinder und Stempel	3 786.35
f) Steuern, Versicherung und sonstige Unkosten	415.75
g) Verwaltung und Depotkosten für Wertpapiere	141.35
h) Postschuttsgebühren	85.36
i) Sonstige Ausgaben	820.02
12 012.18	

Für Verbandsorgan:	
a) Redaktion	5 062.50
b) Honorar für Mitarbeit	300.50
c) Expedition	3 000.—
d) Druckkosten und Papier	61 175.75
e) Porto, Fracht und Postgeld, Adressen und Streifenbänder für Versand	9 556.30
f) Gewerkschaftliche Frauenzeitung	900.—
79 995.05	

Für Bücher, Zeitschriften, Zeitungen	
Sonstige Ausgaben:	
Beitrag a. d. deutschen Gewerkschaftsbund	20 095.—
Delegationen und Konferenzen	89.40
Anteil der Lokalkassen an den Beiträgen	229 449.30
Guthaben der Zahlstellen vom 4. Quartal 1920 zurück	3 318.08
261 951.73	
Summa	988 535.40

## Bilanz.

Bestand am Schlusse des 4. Quartals 1920	1 860 897.31
Einnahme vom 1. Quartal 1921	1 317 035.51
Bestand und Einnahme	3 177 932.82

Ausgabe vom 1. Quartal 1921	988 535.40
Bestand der Hauptkasse am Schlusse des 1. Quartals	2 189 397.42
Davon waren beim Abschluß noch in den Lokalkassen	158 932.95
bleiben in der Hauptkasse	2 030 464.47

Leipzig, im Mai 1921. Ludwig Geist, Kassierer.  
Die Revisoren: gez. Albert Schlegel, Paul Mödel, Thomas Gaug, Walter Otto.

## Abrechnung der Zahlstellen

für das 1. Quartal 1921.

Einnahme.	
An die Hauptkasse nicht abgeandte Gelder	158 932.95
Anteil der Lokalkassen an den Beiträgen	229 449.30
Lokalzuschlag auf die Beitragsmarken	109 791.40
Sonstige Einnahmen	32 967.82
Extrasteuer	14 457.50
Guthaben aus der Hauptkasse zurück	3 318.08
Summa	548 917.—

Ausgabe.	
Erwerbslosenunterstützung am Ort	17 987.15
auf der Reise	174.—
bei Krankheit	33 515.47
20 378.35	
Streifenunterstützung	110.—
Gemahregeltenunterstützung	1 100.—
Sterbeunterstützung	14 985.60
Notfallunterstützung	285.—
Umzugsunterstützung	11 236.05
Agitation	94 392.16
Verwaltung, persönliche	37 454.55
sachliche	22 490.39
Beiträge an Kartelle und Arbeitersekretariate	38 836.30
Delegationen und Konferenzen	34 402.68
Sonstige Ausgaben	12 283.38
Guthaben bei der Hauptkasse	107 431.89
Bestand der Hauptkasse zurück	441 957.97
Summa	441 957.97

Bilanz.	
Bestand am Schlusse des 4. Quartals 1920	688 669.70
Einnahme im 1. Quartal 1921	548 917.—
Bestand und Einnahme	1 237 586.70
Ausgabe im 1. Quartal 1921	441 957.97
bleibt Bestand	795 628.73

Davon gehört der Hauptkasse 158 932.95  
bleibt Bestand für die Lokalkassen 636 695.78  
Leipzig, im Mai 1921. Ludwig Geist, Kassierer.

## Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Wilhelm Jirzow, Berlin, wird um seine Adresse gebeten von Wilh. Stute, Lüneburg, Salzstraße 15 II.

**Auskirchen.** Das Mitgliedsbuch Nr. 045 896 auf den Namen Georg Schwingenschlägl wurde verloren, vor Mißbrauch wird gewarnt! Buch ist nicht mehr gültig.

In Oldenburg Arbeit suchende Kollegen wenden sich zu ihrem eigenen Vorteil vorher an den Vorf. W. Schmidt, Marienstr. 9.

**Büchberg.** Unsere Zahlstelle spricht den nachstehenden Zahlstellen im Namen des Kollegen Johann Oeller den wärmsten Dank aus für die Unterstützung, die dem Abgebrannten übermittelt wurde. Neuforg 50 M., Neufstr 40 M., Wauberg 20 M., Dillingen a. D. 20 M., Marleuthen 20 M., Windischschönbach 10 M., Weidenberg, Obfr. 20 M., Rindnach 50 M., Selbig 60 M., Schwarzenbach a. S. 30 M., Niederlamitz 30 M., Kirchenlamitz 50 M., Oberhartsreut 43 M., Berned 30 M., Fürstzell 50 M., Pilgramkreuth 62 M., Neubau 30 M., Bunfelde 25 M., Großschlattengrün 63.65 M., Selb 30 M., Köditz 55 M., Tröstau 50 M., Ulramtsberg 40 M., Rößbach 43 M., Sparnek 25 M., Grefees 62 M., Metten 40 M., Weizenstadt 100 M., Büchberg 50 M., J. A.: Eduard Weit.

## Adressenänderungen.

3. Gau.	
Altenhain b. Trebsen. Vorf.: Hermann Gafertorn; Kass.: Hermann Reich.	
4. Gau.	
Aurich. Vorf.: Karl Emrich, Emden, Garbenstr. 25 II.	
Eiterhagen. Vorf.: Konrad Reis; Kass.: Karl Winter.	
5. Gau.	
Rasbach. Vorf.: Jof. Sieberk. Ober-Rasbach; Kass.: Oswald Kurtenacker.	
Sinzig a. Rh. Kass.: Anton Höhrig, Schloßstr. 150 B.	
6. Gau.	
Seebach. Kass.: Josef Gründel.	

## Briefkasten.

Hannover. Fr. Marie mit der Quittung doch nur bis mehr zusammen gekommen ist.

S. S. Der Artikel bringt nichts Neues in dieser Frage als nur Allgemeinplätze. Ferner soll nichts gekürzt werden, na, kann müssen wir vom Abdruck absehen.

**Druckfehlerberichtigung.** In der Nr. 26 haben sich in dem Artikel „Die Schiefergriffelindustrie“ einige Druckfehler eingeschlichen. Auf Seite 52 muß es statt 1914 heißen: „Im Jahre 1904 wurden für Spalten und Durchschneiden der Griffel Maschinen“ usw. Ferner muß auf der Seite 59 gelesen werden: „Im Jahre 1911 (anstatt 1919) gründeten wir die Zahlstelle...“ In der Sterbetafel hat der Seher aus Alt-Warthau „Mit Warfchau“ gemacht und aus Langenfalza im Adressennachweis „Lagenfalza“. Wir bitten das Obige zu beachten.

## Neue Bücher, Zeitschriften usw.

Wirtschaftsleben und wirtschaftlicher Aufbau in Sowjet-Rußland 1917—1920 von J. Larin und L. Krißmann. Preis 15 M., geb. 20 M., auf holzfreiem Papier, geb. 30 M.  
Die Agrarfrage in Rußland am Ende des 19. Jahrhunderts von N. Lenin. Preis 7 M., geb. 11 M.  
Die Organisation der Volkswirtschaft in Sowjet-Rußland von W. P. Miljutin. Preis 3.50 M.  
Die drei vorstehend genannten Schriften sind erschienen im Verlag H. Seehof & Co., Berlin C 54, Neue Schönhauser Str. 9.

## Verksamlungs-Anzeige.

Karlsruhe. Sonntag, den 17. Juli, vormittags ¼ 9 Uhr, im Lokal zum Scheffelhof.

## Anzeigen

Entwürfe, Bildhauerarbeiten n. geg. Skizz., Alphabete, Grabmal-u. Kriegerkreuze, z. Durchpaß a. Stein od. Holz zeichnet Franz Sieglar, Bildhauer, Sießen (Hessen). Jeder kann Schriftzeichen nach meiner Methode!

## 10 tüchtige Hartbasalt-Pflastersteinrichter

für lohnende, dauernde Arbeit im Basaltbruch Oberriedenberg bei Brückenaue (Unterfranken) gesucht. Wohnung, Verpflegung gut und billig. Zu melden bei der Betriebsleitung in Oberriedenberg.

## Gesucht werden: Tüchtige Bildhauer, Steinmetzen, Granitschleifer, Glasschleifer, Glasplattenzeichner

für dauernde, lohnende Beschäftigung zur sofortigen Einstellung. Glas-, Granit- und Syenit-Werke (vorm. Born) Inhaber Friedrich Hagelauer, Liegnitz i. Schles., Immelmanstr. 2.

## Tüchtiger Schleifermeister

mit besten Zeugnissen für große Polieranlage gesucht Hugo Wiesengrund, Marmor-Werke Steinerne Renne bei Wernigerode (Harz).

## Maschinenschleifer

auf weiße und bunte Toiletten bei gutem Verdienst gesucht Hugo Wiesengrund, Marmor-Werke Steinerne Renne bei Wernigerode (Harz).

## Tüchtige Steinmetzen auf harten Sandstein

Brecher und „Klauber“ (Abräumer) suchen Grotenburger Sandsteinbrüche, Karl Meier & Sohn.

## Tüchtige Steinmetzen

für Adressennachweis und Vertretung an allen größeren Orten Norddeutschlands gesucht. Off. u. 100 B. an die Schriftleitung erbeten.

## Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Kenntnis einzelnand zu werden.)  
In Dresden-Birna am 7. Juni der Hilfsarbeiter M. D. Hänisch, 21 Jahre alt, Betriebsunfall; am 13. Juni der Sandsteinmetz S. F. Wolf, 43 Jahre alt, Lungentuberkulose; am 16. Juni der Brecher Emil Brückner, 51 Jahre alt, Lungentuberkulose.  
In Alfenz am 14. Juni der Sandsteinmetz Friedrich König, 59 Jahre alt, Lungentuberkulose.  
In Güplingen am 14. Juni der Hilfsarbeiter Hermann Heutling, 27 Jahre alt, Betriebsunfall.  
In Demitz-Thumitz am 16. Juni der Pflastersteinmacher Eduard Kern, 51 Jahre alt, schied freiwillig aus dem Leben.

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig. Gedruckt in der „Freien Presse“, Leipzig.